

### TOP 0      **Formalia**

- 1)          Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es müssen mindestens 19 Mitglieder anwesend sein, da sechs Fachbereiche zu Beginn der Sitzung ruhen (Ethno-Musik, Germanistik, Pharmazie, SIJ, Skandinavistik, Zahnmedizin).
- 2)          Genehmigung des Protokolls vom 08.07.2025
- 3)          Anmerkungen zur Tagesordnung.

### TOP 1      **Berichte**

- 1)      ***Vorstandsbericht***

### TOP 2      **Abstimmungen**

- 1)      ***Julian M. (HISinOne Lenkungsreis)***

- 2)      ***Bau eines Volleyballfelds an der TF (Nachträglich)***

Beantragt sind 1.700,00€ aus dem Gruppenunterstützungsbudget, in diesem befinden sich noch 7.187,50€ von 7.187,50€ für dieses Quartal (2. Quartal 25/26).

Anm. Finanzstelle: Das Geld wurde bereits im letzten Wirtschaftsjahr genehmigt, da der Bau dann aber erst im neuen Wirtschaftsjahr stattfand, kann das dort genehmigte Geld dafür nicht genutzt werden.

- 3)      ***Antifaschistisches Sommerfest (Nachträglich)***

Beantragt sind 5.000,00€ aus dem Gruppenunterstützungsbudget, in diesem befinden sich noch 7.187,50€ von 7.187,50€ für dieses Quartal (2. Quartal 25/26).

- 4)      ***iGEM 2025***

Beantragt sind 2.600,00€ aus dem Gruppenunterstützungsbudget, in diesem befinden sich noch 7.187,50€ von 7.187,50€ für dieses Quartal (2. Quartal 25/26).

- 5)      ***Exposed 2025 - das Supper8 Kurzfilmfestival zum Mitmachen***

Beantragt sind 900,00€ aus dem Gruppenunterstützungsbudget, in diesem befinden sich noch 7.187,50€ von 7.187,50€ für dieses Quartal (2. Quartal 25/26).

- 6)      ***A-Tage***

Beantragt sind 2.021,00€ aus dem Gruppenunterstützungsbudget, in diesem befinden sich noch 7.187,50€ von 7.187,50€ für dieses Quartal (2. Quartal 25/26).

Verwaltungsanmerkung: Die Reihenfolge ist die in der die Anträge eingegangen sind.

Es sind insgesamt Anträge für 12.221€ eingegangen, bei einem Budget Stand von 7.187,50€.

Dementsprechend brauchen wir zusätzlich zu den normal Einzel abgestimmten Finanzanträgen (in denen die Höhe der genehmigten Mittel festgelegt wird) eine Reihung aller Finanzanträge untereinander mit der festgelegt wird, welche Anträge zuerst das Geld erhalten sollen (dass wenn insgesamt mehr genehmigt wird, als im Topf ist, wird mit dieser Abstimmung geregelt, in welcher Reihenfolge den Anträgen die Gelder zugewiesen werden)

- 7) ***zentrale Gesamtliste SVB 2026 (SVB-Gremium)***
- 8) ***dezentrale Gesamtliste SVB 2026 (SVB-Gremium)***
- 9) ***Zuweisung von Budgets für Projekte (SVB-Gremium)***

### **TOP 3 Satzungsändernde Anträge**

- 1) ***Änderung OrgSatz: Aufnahme SVB-Gremium (SVB-Gremium)***
- 2) ***Neufassung der Ordnung zum Ablauf der Vergabe des studentischen Anteils der Qualitätssicherungsmittel (SVB-Gremium)***

### **TOP 4 Änträge der Vollversammlung**

#### **1) *Anträge von der Vollversammlung:***

Die Vollversammlung war nicht beschlussfähig, hat daher nur empfehlende Beschlüsse getroffen. Sie empfiehlt alle Anträge anzunehmen. Hier ist der Zeitpunkt, um nochmal über alle Anträge zu diskutieren. Über die einzelnen Vorschläge der VV wird einzeln abgestimmt.

Das sind:

Studi-Demo (Vorstand)

Pflanzenbasierte Mensa und Catering (PBU Freiburg)

Da es bereits einen StuRa-Beschluss dazu gibt, steht das nicht automatisch erneut zur Abstimmung, dafür müsste erst die Beschlusslage geöffnet werden.

Verbesserte Arbeitsbedingungen (Referat für stud. Beschäftigte)

Studentische Freiräume (FöCa )

Aufschub von Studiengebühren (SfP)

Restituierung Gebeine (SfP)

Hilfsprogramme (SfP)

Gegen Repression (SfP)

Politische Diskurse und Bildungsveranstaltungen (SfP)

Abschaffung Studiengebühren (SfP)

Gegen Militarisierung (SfP)

Veranstaltungsreihe gegen Rassismus (SfP)

Für Beendung Austauschprogramm mit HUJ (SfP)

Umsetzung Beschlüsse VV 2024 (SfP)

Räume (SfP)

Für Beendung Kooperation mit Santander (SfP)

## TOP 5    Recap, Termine und Sonstiges

### 1)    *Ämter in der VS und der Universität*

Eine Liste mit allen zu besetzenden Ämtern findet ihr unter <https://www.stura.uni-freiburg.de/mitmachen/ausschreibungen>. Bewerbungen sind per Mail an [bewerbung@stura.org](mailto:bewerbung@stura.org) zu richten, die entsprechenden Formulare gibt es ebenfalls auf der Stura-Website unter [https://www.stura.unifreiburg.de/gremien/studierenden-rat/neu\\_antragsformular\\_stura](https://www.stura.unifreiburg.de/gremien/studierenden-rat/neu_antragsformular_stura)

Wir hatten verschiedene Treffen mit der Universität, darunter Gespräche zur Finanzordnung. Wir hoffen, dass diesmal nicht wieder fünf Jahre vergehen, bevor diese genehmigt wird. Außerdem fand unser regelmäßiges **Jour Fixe** mit dem Rektorat statt, bei dem wir unter anderem über die Zivilklausel sowie die Ordnungskommission und deren Satzung gesprochen haben.

Zudem nahmen wir an Gesprächen zwischen verschiedenen Fachschaften und dem Rektorat teil. Themen waren unter anderem das Engagement in Gremien, der Mangel an Räumen sowie die Stärkung der Universitätsgemeinschaft.

Abschließend sei noch erwähnt, dass wir mit mindestens zwei Vertreter\*innen – aus dem Referat TV-Stud sowie dem Vorstand – zur LAK fahren werden.

Liebe Grüße

Der Vorstand



# Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom

08.07.2025

## Titel:

Änderung der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft in Freiburg

## Antragssteller\*in:

SVB-Gremium

## Antragstext:

*Der Studierendenrat möge beschließen,*

der durch das SVB-Gremium vorgeschlagenen Änderung der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft in Freiburg zuzustimmen.

## Begründung:

Hintergrund ist, dass das SVB-Gremium bereits 2019 und erneut 2021 bereits in die Organisationssatzung aufgenommen werden sollte und dies beide Male im Sande verlief. Das Anliegen jetzt in genau das Gleiche wie in 2019 und 2021 und das SVB-Gremium würde diesen langwierigen Prozess gerne abschließen. Zudem befindet sich die Ordnung zum Ablauf der Vergabe des studentischen Anteils der Qualitätssicherungsmittel (Studierendenvorschlagsbudget) nicht mehr auf dem aktuellsten Stand; der beschriebene Ablauf etc. stimmt nicht (mehr) mit den aktuellen Arbeitsweisen etc. überein und bedarf daher einer grundlegenden Überarbeitung.

Die Änderung steht im Zusammenhang mit der Änderung der Ordnung zum Ablauf der Vergabe der studentischen Qualitätssicherungsmittel (Studierendenvorschlagsbudget) und wird zusammen mit dieser erklärt, um die vorgeschlagenen Änderungen besser verständlich zu präsentieren.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

## Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. "Mitarbeiter\*innen" statt "Mitarbeiter").

Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.

## Antrag:

Die Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft Freiburg wird wie folgt geändert:

1. In § 2 „Organe der Studierendenschaft“ wird die Aufzählung in Absatz (1) Satz 2 ergänzt um die Nummerierung „6. das Gremium zur Vergabe des Studierendenvorschlagsbudget (SVB-Gremium)“.
2. In § 10 „Beschlussfassung“ wird Absatz 3 Nr. 2 wie folgt neu gefasst:

*2. die Wahl der Vorsitzenden und der anderen AStA Mitglieder sowie der Mitglieder des SVB-Gremiums, die Abwahl der gewählten Personen sowie den Erlass, die Änderungen oder Aufhebung der Geschäftsordnung des Studierendenrates, der Zuordnung der Studienfächer zu den Fachbereichen nach § 13 Abs. 2, der Finanzordnung und der sonstigen Satzungen, insbesondere des Haushalts-/Wirtschaftsplans, der Beitragsordnung und der Wahl- und Abstimmungsordnung, mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder (absolute Mehrheit) und*

3. Der „Abschnitt VII: Die Wahl-, Satzungs- und Schlichtungskommission (WSSK)“ wird zu „Abschnitt VI: Die Wahl-, Satzungs- und Schlichtungskommission (WSSK)“.
4. Ein neuer Abschnitt VII wird eingefügt mit dem folgenden Wortlaut:

*„Abschnitt VII: Das SVB-Gremium“*

### *§ 25 Aufgaben*

*(1) <sup>1</sup>Das SVB-Gremium ist zuständig für die Koordination und Ausschreibung der Mittel des Studierendenvorschlagsbudgets. Anhand der Anträge erstellt es jeweils einen Vergabevorschlag für die zentral und dezentral zu vergebenden Mittel sowie für die Vergabe der bis zum Fristende nicht verausgabten Restmittel. <sup>2</sup>Darüber hinaus prüft und entscheidet das SVB-Gremium über Umwidmungsanträge.*

*(2) <sup>1</sup>Die zentralen und dezentralen Vergabevorschläge werden dem Studierendenrat durch das SVB-Gremium zum Beschluss vorgelegt. <sup>2</sup>Die Verteilung der Restmittel auf die durch den Studierendenrat benannten zentralen Universitätseinrichtungen kann das SVB-Gremium nach eigenem Ermessen vornehmen.*

*(3) Näheres regelt die Vergabe- und Organisationsordnung des Studierendenvorschlagsbudgets (SVB); diese bedarf der Zustimmung des Studierendenrates.*

### *§ 26 Zusammensetzung*

*Dem Gremium dürfen nicht weniger als drei und nicht mehr als zwölf Personen angehören.*

### *§ 27 Beschlussfassung*

*(1) <sup>1</sup>Das SVB-Gremium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der aktuellen Anzahl der Mitglieder anwesend sind, mindestens jedoch drei. <sup>2</sup>Die Beschlüsse werden mit einer absoluten Mehrheit der anwesenden Mitglieder getroffen.*

*(2) Die Mitglieder sind verpflichtet ihre Aufgaben unparteiisch und unvoreingenommen zu erfüllen.*

5. Die bisherigen Paragraphen § 25 - § 28 werden zu den Paragraphen § 28 - § 31.



# Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom

08.07.2025

## Titel:

Neufassung der Ordnung zum Ablauf der Vergabe des studentischen Anteils der Qualitätssicherungsmittel (§

## Antragssteller\*in:

SVB-Gremium

## Antragstext:

*Der Studierendenrat möge beschließen,*

der durch das SVB-Gremium vorgeschlagenen Neufassung der bisherigen Ordnung zum Ablauf der Vergabe des studentischen Anteils der Qualitätssicherungsmittel (Studierendenvorschlagsbudget) zuzustimmen und damit einhergehend die Fassung vom 21.06.2016 abzulösen.

## Begründung:

Hintergrund ist, dass das SVB-Gremium bereits 2019 und erneut 2021 bereits in die Organisationssatzung aufgenommen werden sollte und dies beide Male im Sande verlief. Das Anliegen jetzt in genau das Gleiche wie in 2019 und 2021 und das SVB-Gremium würde diesen langwierigen Prozess gerne abschließen. Zudem befindet sich die Ordnung zum Ablauf der Vergabe des studentischen Anteils der Qualitätssicherungsmittel (Studierendenvorschlagsbudget) nicht mehr auf dem aktuellsten Stand (auch diese sollte bereits 2019 und 2021 geändert werden); der beschriebene Ablauf etc. stimmt nicht (mehr) mit den aktuellen Arbeitsweisen etc. überein und bedarf daher einer grundlegenden Überarbeitung. Die Änderung steht im Zusammenhang mit der Änderung der Organisationssatzung und wird zusammen mit dieser erklärt, um die vorgeschlagenen Änderungen besser verständlich zu präsentieren. Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

## Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. "Mitarbeiter\*innen" statt "Mitarbeiter").

Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.

Lesefassung

# Vergabe- und Organisationsordnung des Studierendenvorschlagsbudgets (SVB)

der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg



Stand Datum



## Inhaltsverzeichnis

<b>Abschnitt I: Allgemeines .....</b>	<b>3</b>
§ 1 Zweck des Studierendenvorschlagsbudgets .....	3
§ 2 Höhe des Studierendenvorschlagsbudgets .....	3
§ 3 Vergabe .....	3
§ 4 Ausschreibung .....	3
§ 5 Zentrale Ausschreibung und Vergabe .....	3
§ 6 Dezentrale Ausschreibung und Vergabe .....	3
§ 7 Allgemeiner Rahmen der Vergabe .....	4
§ 8 Allgemeiner zeitlicher Rahmen .....	4
§ 9 Auszahlung .....	4
§ 10 Umgang mit Restmitteln .....	4
§ 11 Umwidmungen .....	4
<b>Abschnitt II: Das Vergabegremium (SVB-Gremium) .....</b>	<b>5</b>
§ 12 Zusammensetzung des Gremiums .....	5
§ 13 Wahl des Gremiums .....	5
§ 14 Arbeit des Vergabegremiums .....	5
<b>Abschnitt III: Vergabe der zentralen Mittel .....</b>	<b>6</b>
§ 15 Zugang zu den zentralen Mitteln .....	6
§ 16 Höhe der zentralen Anträge .....	6
<b>Abschnitt IV: Vergabe durch die Fachbereiche (dezentrale Mittel) .....</b>	<b>7</b>
§ 17 Zusammensetzung der Fachbereiche und Höhe der zu vergebenen Mittel .....	7
§ 18 Zuweisung der Mittel an die Fachbereiche .....	7
§ 19 Kompetenzen der Fachbereiche .....	7
<b>Schlussbestimmungen .....</b>	<b>7</b>
§ 20 Beschluss der Ordnung .....	7
§ 21 Inkrafttreten .....	7

## **Abschnitt I: Allgemeines**

### **§ 1 Zweck des Studierendenvorschlagsbudgets**

<sup>1</sup>Zweck des Studierendenvorschlagsbudgets (SVB) ist die Vergabe der gemäß § 1 Absatz 2 Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz) auf Vorschlag der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zu vergebenden Mittel zur Sicherung der Qualität von Studium und Lehre (Qualitätssicherungsmittel, QSM). <sup>2</sup>Maßgeblich ist die gegenwärtig geltende Hochschulfinanzierungsvereinbarung (HoFV).

### **§ 2 Höhe des Studierendenvorschlagsbudgets**

Der Prozentsatz der Höhe der zu vergebenden Mittel ist in der gegenwärtig geltenden Hochschulfinanzierungsvereinbarung des Landes Baden-Württemberg festgeschrieben.

### **§ 3 Vergabe**

<sup>1</sup>Die Vergabe erfolgt durch das Rektorat auf Vorschlag der Verfassten Studierendenschaft. <sup>2</sup>Die Koordination der Vergabe und Ausschreibung der Mittel erfolgt entsprechend der §§ 25 ff. der Organisationssatzung durch das SVB-Gremium.

### **§ 4 Ausschreibung**

<sup>1</sup>Ein Teil des Studierendenvorschlagsbudgets wird durch das Vergabegremium zentral ausgeschrieben (zentrale Mittel); die Höhe dieser Mittel wird durch Beschluss des Studierendenrats festgelegt. <sup>2</sup>Das Vorschlagsrecht für den verbleibenden Anteil (dezentrale Mittel) wird dezentral den Fachbereichen der Verfassten Studierendenschaft überlassen.

### **§ 5 Zentrale Ausschreibung und Vergabe**

<sup>1</sup>Die zentralen Mittel (sog. Projektwettbewerb) werden durch das Vergabegremium mit Zustimmung des Studierendenrats bis zu einem vom Gremium festzulegenden Zeitpunkt im Sommersemester des Vorjahres des Bezugszeitraumes ausgeschrieben. <sup>2</sup>Auf Basis der bis zu diesem Datum eingegangen Anträge erstellt das Gremium einen Vergabevorschlag. <sup>3</sup>Über den Vergabevorschlag entscheidet der Studierendenrat. <sup>4</sup>Der Vergabevorschlag ist nach der Zustimmung des Studierendenrats vom Präsidium des Studierendenrats zu unterschreiben. <sup>5</sup>Das Vergabegremium hat den Vorschlag anschließend bis spätestens zum 31. Oktober des Vorjahres des Bezugszeitpunktes an die zuständige Stelle im Rektorat zu übergeben.

### **§ 6 Dezentrale Ausschreibung und Vergabe**

<sup>1</sup>Die Höhe der dezentralen Mittel werdenden Fachbereichen der Verfassten Studierendenschaft durch das Vergabegremium mit Zustimmung des Studierendenrats zugewiesen. <sup>2</sup>Das Vergabegremium überprüft die eingereichten Vorschläge auf Vollständigkeit und erstellt auf dieser Grundlage einen Vergabevorschlag. <sup>3</sup>§ 5 Sätze 3 bis 5 gelten entsprechend.

## **§ 7 Allgemeiner Rahmen der Vergabe**

<sup>1</sup>Die zentrale und dezentrale Vergabe muss sich gemäß § 1 Absatz 2 HoFV-Begleitgesetz im Rahmen der Verwaltungsvorschrift QSM – studentisches Vorschlagsrecht befinden. <sup>2</sup>Anträge, die den Anforderungen der Verwaltungsvorschrift nicht genügen, können nicht berücksichtigt werden.

## **§ 8 Allgemeiner zeitlicher Rahmen**

<sup>1</sup>Die Mittel stehen jährlich zur Verfügung und werden nach Kalenderjahren vergeben. <sup>2</sup>Alle vergebenen Mittel müssen bis zum 31. März des Folgejahres rechtsverbindlich verausgabt werden.

## **§ 9 Auszahlung**

<sup>1</sup>Die durch die Fachbereiche und das Vergabegremium vergebenen Mittel müssen gemäß § 1 Absatz 2 HoFV-Begleitgesetz durch das Rektorat bewilligt und freigegeben werden. <sup>2</sup>Die Universitätsverwaltung weist erfolgreichen Antragsstellenden die jeweiligen Mittel zur eigenständigen Bewirtschaftung zu. <sup>3</sup>Sind Antragsstellenden nicht in der Lage, als mittelbewirtschaftende Stelle zu agieren, übernimmt die Mittelbewirtschaftung eine entsprechende Universitätsstelle.

## **§ 10 Umgang mit Restmitteln**

<sup>1</sup>Mittel, die bis zum 31. März des Folgejahres des Bezugszeitraumes nicht von den Antragsstellenden oder Fachbereichen mit Rechtsverpflichtungen belegt sind, gelten als Restmittel. <sup>2</sup>Sie werden durch die Universitätsverwaltung eingezogen und ausgewählten zentralen Einrichtungen der Universität für kurzfristige Investitionen überlassen. <sup>3</sup>Welchen zentralen Einrichtungen im jeweiligen Jahr die Mittel zufallen sollen, wird durch den Studierendenrat beschlossen und durch das Vergabegremium bis spätestens zum 31. März der zuständigen Stelle des Rektorats mitgeteilt. <sup>4</sup>Über die Verteilung dieser Restmittel an die ausgewählten zentralen Einrichtungen entscheidet das Vergabegremium auf Grundlage der Vorschläge der jeweiligen Einrichtung und der Höhe der eingezogenen Mittel. <sup>5</sup>Restmittel müssen für zusätzliche Ausgaben verwendet werden und dürfen nicht zum Abzug von Mitteln an dieser oder anderer Stelle führen.

## **§ 11 Umwidmungen**

(1) Umwidmungen können bei zentralen und dezentralen Mitteln durchgeführt werden.

(2) <sup>1</sup>Die Umwidmung von dezentralen Mitteln kann das Vergabegremium eigenständig beschließen, wenn die folgenden Voraussetzungen kumulativ vorliegen:

1. Das Volumen der Umwidmung umfasst weniger als 20 % der gesamten Mittel, die dem Fachbereich zur Verfügung stehen.

2. Die Umwidmung muss nachvollziehbar sein und dem Mittelverwendungszweck entsprechen.

<sup>2</sup>Dies ist auch im Falle eines Stufenwechsels anwendbar. <sup>3</sup>Der Umwidmungsantrag ist anschließend an die zuständige Stelle in der zentralen Universitätsverwaltung weiterzuleiten.

(3) <sup>1</sup>Dezentrale Umwidmungen, die die Voraussetzung des Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 nicht erfüllen, sowie zentrale Umwidmungen müssen durch das Vergabegremium in den Studierendenrat eingebracht werden. <sup>2</sup>Dort muss der Umwidmungsantrag vorgestellt und abgestimmt werden. <sup>3</sup>Wird dem Antrag seitens des Studierendenrats zugestimmt, so ist er vom Vergabegremium an die zuständige Person in der zentralen Universitätsverwaltung weiterzuleiten. <sup>4</sup>Zur Umwidmung bedarf es eines Rektoratsbeschlusses.

## **Abschnitt II: Das Vergabegremium (SVB-Gremium)**

### **§ 12 Zusammensetzung des Gremiums**

(1) <sup>1</sup>Das zentrale Vergabegremium soll sowohl aus Studierenden der Natur- und der Geisteswissenschaften der Albert-Ludwigs-Universität zusammengesetzt sein, wenn möglich zu gleichen Teilen. <sup>2</sup>Bei der Besetzung ist auf eine Diversität der Geschlechter zu achten und Ausgewogenheit anzustreben. <sup>3</sup>Die Anzahl der Mitglieder darf nicht weniger als drei und nicht mehr als zwölf betragen.

(2) <sup>1</sup>Zur Vermeidung von Interessenkonflikten hat ein Mitglied des Gremiums, das sich für befangen hält oder wenn Zweifel bestehen, ob ein Interessenkonflikt gegeben sind, dies den anderen Gremienmitgliedern mitzuteilen. <sup>2</sup>Ob die Voraussetzungen nach Absatz 2 Satz 1 vorliegen, entscheiden die anderen Gremienmitglieder mit einfacher Mehrheit. <sup>3</sup>Das für befangen erklärte Mitglied darf bei der Beratung und Beschlussfassung der betreffenden Angelegenheit nicht zugegen sein.

### **§ 13 Wahl des Gremiums**

Das Gremium wird gemäß § 6 Geschäftsordnung des Studierendenrats durch den StuRa anhand des Schulze-Verfahrens gewählt.

### **§ 14 Arbeit des Vergabegremiums**

(1) Aufgaben des Gremiums sind insbesondere:

1. Die Veröffentlichung eines Zeitplans, welcher alle wichtigen Fristen und Formalien zur Stellung eines Antrags auf zentrale Mittel und der Einreichung eines Verwendungsvorschlags für dezentrale Mittel ersichtlich macht
2. Die Ermittlung der Höhe der den einzelnen Fachbereichen zuzuweisenden Gelder aus den von der Universitätsverwaltung bereitgestellten Unterlagen zur Höhe der VZÄ.
3. Die rechtzeitige Bekanntgabe der Ausschreibung der zentralen Mittel sowie die Information der Fachbereiche über das ihnen zur Verfügung stehende Budget.

4. Die Sichtung, Prüfung der eingegangenen Anträge auf eine Übereinstimmung mit den notwendigen Kriterien der Verwaltungsvorschriften, den Vorschriften des Landeshochschulgesetzes (LHG) sowie den Kriterien der zentralen Ausschreibung.

5. Die Vorlage der angenommenen Anträge sowie der Verwendungsvorschläge der Fachbereiche an das Rektorat zur formalen Prüfung.

6. Die Öffentliche Bekanntgabe der erfolgreichen Anträge.

7. Umwidmungen im Benehmen mit der Universitätsverwaltung durchzuführen.

8. Die Koordination einer sinnvollen Verwendung der Restmittel, das Einholen von Verwendungsvorschlägen von zentralen Einrichtungen sowie eine abschließende Entscheidung über die anteilige Verteilung an die vom Studierendenrat gemäß § 10 Satz 3 benannten Einrichtungen und die Vorlage dieser Entscheidung zur Genehmigung ans Rektorat.

9. Die Überarbeitung der notwendigen Dokumente und Formulare im Bedarfsfall.

(2) Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung haben die Mitglieder des Gremiums auf eine angemessene Dokumentation und transparente Berichterstattung über die Verwendung der Mittel achten. Von erfolgreichen Antragstellenden aus der zentralen Vergaberunde sind Berichte zur Durchführung der Projekte einzufordern und zu veröffentlichen, und auf die Einhaltung der Vorgaben zur Kennzeichnung der geförderten Projekte durch die durchführenden Einrichtungen zu achten.

(3) Um die Vergabe zu evaluieren und für das Folgejahr vorzubereiten trifft sich das Gremium zweimal jährlich mit einer Vertretung des Rektorats.

### **Abschnitt III: Vergabe der zentralen Mittel**

#### **§ 15 Zugang zu den zentralen Mitteln**

<sup>1</sup>Die Möglichkeit, Anträge zur Verwendung der zentralen Mittel zu stellen, haben alle Mitglieder und Einrichtungen der Universität, die direkt oder indirekt zur Verbesserung von Studium und Lehre beitragen können. <sup>2</sup>Die Laufzeit der Projekte soll ein Jahr nicht übersteigen. <sup>3</sup>Eine mehrjährige Förderung ist nur unter besonderen Umständen möglich und muss hinreichend begründet sein.

#### **§ 16 Höhe der zentralen Anträge**

Anträge sollen ein Volumen von einem Viertel der gesamten zentralen Mittel nicht überschreiten.

## **Abschnitt IV: Vergabe durch die Fachbereiche (dezentrale Mittel)**

### **§ 17 Zusammensetzung der Fachbereiche und Höhe der zu vergebenen Mittel**

<sup>1</sup>Gemäß § 13 Absatz 1 der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg gehört jeder Studierende der Albert-Ludwigs-Universität einem Fachbereich an.

<sup>2</sup>Die Höhe der dezentralen Mittel eines Fachbereiches ergibt sich aus den sogenannten Vollzeitäquivalenten (VZÄ), die diesem Fachbereich zugeordnet werden. <sup>3</sup>Eine gesonderte Gewichtung von Naturwissenschaften gegenüber Geisteswissenschaften findet nicht statt.

### **§ 18 Zuweisung der Mittel an die Fachbereiche**

<sup>1</sup>Das Rektorat stellt dem Vergabegremium Unterlagen zur Berechnung der den Fachbereichen zugehörigen VZÄ zur Verfügung. <sup>2</sup>Auf Basis dieser bestimmt das Vergabegremium die den Fachbereichen jeweils zustehenden Mittel und veröffentlicht diese Verteilung rechtzeitig.

### **§ 19 Kompetenzen der Fachbereiche**

(1) Die Fachbereiche können die ihnen zugeteilten Mittel nach eigenem Ermessen selbst oder in Zusammenarbeit mit universitären Einrichtungen vergeben. Um die Vergabe näher zu regeln, können sie sich eine eigene Vergabeordnung geben.

(2) Die Fachbereiche müssen sich dabei an § 1 Absatz 2 HoFV-Begleitgesetz sowie die Verwaltungsvorschriften halten. Alle Verwendungsvorschläge müssen zur gesetzten Frist beim Vergabegremium eingereicht und die Mittel bis zum 31. März des Folgejahres ausgegeben werden.

## **Schlussbestimmungen**

### **§ 20 Beschluss der Ordnung**

Änderungen dieser Vergabeordnung sind nur durch mehrheitlichen Beschluss des Studierendenrats möglich.

### **§ 21 Inkrafttreten**

Diese Vergabeordnung tritt mit Beschluss des Studierendenrats vom **Datum** in Kraft.

**Antragsteller\*in:**

*Studi-Demo-Orga auf Initiative der Freiburger-Asten-Konferenz*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

*einen gemeinsamen Protest für die Anliegen von Studierenden am Anfang des nächsten Wintersemesters zu unterstützen.*

*Im Rahmen des Streiktages an allen Freiburger Hochschulen rufen wir zu einer großen Studierendendemo am Platz der zerstörten Synagoge auf. Wir wünschen uns einen lauten, kreativen und geschlossenen Protest der Studierendenschaft. Zur Verbesserung der sozialen Situation von Studierenden in Freiburg und Deutschland, fordern wir unter anderem:*

- *Bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum für alle Studierenden*
- *Elternunabhängiges und bedarfsdeckendes BAföG*
- *Bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für Studierende und einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Hochschulen*
- *Zugang zu geschlechtsneutralen Toiletten*
- *Weg mit der offenen Attestpflicht und diskriminierenden Strukturen innerhalb der Hochschulen*
- *Abschaffung unnötiger Anwesenheitspflichten und Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)*
- *Barrierearmen und digitalen Zugang zu Lehrinhalten*
- *Einführung des allgemeinpolitischen Mandats für alle Verfassten Studierendenschaften/StuRas*

**Begründung:**

*Die soziale Situation von Studierenden in Freiburg und Deutschland hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Die gestiegenen Lebenshaltungskosten, die prekäre Beschäftigung als Hilfskräfte und die unzureichende Unterstützung durch das BAföG führen zu einer Belastung für Studierende – das hat auch negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit und die Leistung im Studium.*

*Die offene Attestpflicht ist ein unzulässiger Eingriff in die Privatsphäre, mit dem besonders chronisch kranke Studierende schikaniert werden. Ob wir zu krank für eine Prüfung sind, sollen medizinische Fachkräfte und nicht das Prüfungsamt entscheiden.*

*Besonders zum Start des Wintersemesters spitzt sich die Wohnungsnot in Freiburg zu. Jedes Jahr werden Notunterkünfte für Studis benötigt, da es kaum möglich ist, bezahlbare Wohnungen zu finden.*

*Die Probleme, die uns als Studis begegnen, sind auch mit gesamtgesellschaftlichen Kontexten verwoben und müssen hier konsequent angegangen werden. Das Verbot der studentischen Interessenvertretungen sich allgemeinpolitisch zu äußern, beschränkt unsere demokratischen Rechte und wird willkürlich angewendet um Diskussionsräume zu schließen.*

*Die Initiative für eine Studi-Demo erfolgt auf Beschluss der Freiburger-Asten-Konferenz. Wir wollen uns Gehör verschaffen für unsere gemeinsamen Interessen, die Vereinzelung durchbrechen und solidarisch mit marginalisierten Teilen der Studierendenschaft sein. Die Demo soll ein Apell an Hochschulen und die Politik sein – aber auch an alle Studierende, sich für ihre Anliegen zu engagieren. Durch eine selbstorganisierte und parteiunabhängige Demo wollen wir mit möglichst vielen Studis von allen Freiburger Hochschulen gemeinsam auf die Straße gehen. Gemeinsam können wir eine lebendige Bewegung aufbauen, durch die wir als Studis selbst aktiv werden und eine bessere Zukunft für alle ermöglichen.*

*Damit die Demo stattfinden kann und kreativ wird, braucht es jetzt schon Beteiligung in der Vorbereitung. Stimmt für diesen (symbolischen) Antrag und macht morgen beim AG-Gründungstreffen mit: Mittwoch (2.7.) um 19 Uhr im AstA, Belfortstr. 24.*

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*PBU - Plant-based University Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

sich für die Umstellung des Verpflegungsangebots (inklusive Mensa, Eventcatering sowie alle anderen studentische Anlässe) auf eine rein pflanzenbasierte Verpflegung auszusprechen und fordert das Studierendenwerk Freiburg-Schwarzwald und die Universität Freiburg auf, diesen Wandel aktiv umzusetzen. Ziel ist eine konsequent nachhaltige, klimafreundliche, rein pflanzliche und sozial gerechte Hochschulverpflegung.

**Begründung:**

Die wissenschaftliche Evidenz ist eindeutig: Die Umstellung auf eine pflanzenbasierte Ernährung zählt zu den wirksamsten Hebeln zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, zur Einsparung von Wasser und Landfläche sowie zur Bewahrung der Biodiversität (vgl. IPCC, 2022; EAT-Lancet-Kommission, 2019). Tierische Produkte, insbesondere Fleisch und Milch, verursachen einen überproportional großen Anteil an den ökologischen Schäden unseres Ernährungssystems (vgl. IPCC Special Report, 2019; EAT-Lancet-Kommission, 2019).

Gleichzeitig zeigen Studien, dass pflanzenbasierte Ernährung gesundheitsfördernd und in vielfältiger Form umsetzbar ist – auch in der Gemeinschaftsverpflegung (vgl. DGE, 2020). Als Bildungsinstitution mit gesellschaftlicher Verantwortung sollte die Universität Freiburg Vorreiterin für zukunftsfähige Ernährungssysteme sein. Die Universität Freiburg hat Nachhaltigkeit als zentrales Leitprinzip in Forschung, Lehre und Betrieb verankert. Mit einer vollständig pflanzlichen Verpflegung in allen Mensen und Cafeterien kann die Universität Freiburg ihre eigenen Nachhaltigkeitsziele glaubwürdig und konsequent umsetzen und setzt ein starkes Zeichen für Klimaschutz und globale Gerechtigkeit.

(Dabei hat die Universität die Möglichkeit, eine wirkungsvolle nachhaltige Transformation anzuführen, die nicht nur den Klimawandel anspricht, sondern auch Mittel für Innovationen in

Richtung Ernährungssicherheit anzieht. Ein 100 % pflanzliches Catering kann sowohl als Minderungs- als auch als Anpassungsstrategie gegenüber dem Klimawandel betrachtet werden?)

Eine pflanzliche Mensa, wie sie bereits in Graz, Berlin und Cambridge umgesetzt wird, ist somit ein wichtiger Schritt hin zu einem solidarischen und zukunftsfähigen Campus. Zudem haben sich 23 Studierendenvertretungen für eine rein pflanzliche Universitätsverpflegung ausgesprochen. Plant-based Universities möchte bei der Transformation aktiv und unterstützend mitwirken.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).

**Antragsteller\*in:**

Name/Fachbereich/Gruppe  
Referent für studentische Beschäftigte (Max E.)

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

*das Rektorat der Universität Freiburg aufzufordern, die Arbeitsbedingungen von studentischen Hilfskräften und wissenschaftlichen Hilfskräften (SHK bzw. WHK) zu verbessern. Dies umfasst insbesondere, aber nicht nur die folgenden Punkte:*

- Die Stundenumfänge von Verträgen müssen dem tatsächlichen Arbeitsaufwand entsprechen. So muss z.B. bei Tutorien genug Zeit für Vor- und Nachbereitung vorhanden sein.*
- Dauerhafte Tätigkeiten müssen durch dauerhafte Stellen vergütet werden und nicht durch Kettenbefristungen.*
- Die Universität soll sich für eine ordentliche Vertretung der SHKs und WHKs durch den Personalrat einsetzen.*

*Außerdem sollen Regelungen für die Umsetzung der Mindestvertragslaufzeiten (in der Regel 1 Jahr) für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte gemeinsam mit deren Interessenvertretungen erarbeitet werden. Darin sollen insbesondere geregelt werden*

- in welchen Fällen Ausnahmen von der Regelvertragslaufzeit zulässig sind,*
- dass Begründungen für Ausnahmen auszuformulieren und schriftlich festzuhalten sind,*
- dass Berichte über die Befristungsdauer, Befristungsgründe, die Abschlüsse und die Vergütung von SHKs und WHKs angefertigt und veröffentlicht werden.*

**Begründung:**

*Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte (SHK bzw. WHK) sind für Universitäten unverzichtbar. Von Tutorien zu Vorlesungen, in der Bibliothek oder im Labor - ohne sie würden die Universitäten zum Erliegen kommen.*

*Obwohl sie systemrelevante Arbeit verrichten, sind sie häufig prekär beschäftigt: die monatlichen Stundenzahlen entsprechen nicht dem tatsächlichen Arbeitsumfang, über Arbeitnehmerinnenrechte wird nur mangelhaft informiert und Kettenbefristungen mit kurzen Vertragslaufzeiten verstärken Abhängigkeitsverhältnisse weiter.*

*In der letzten Tarifrunde Ende 2023 wurde eine Vertragslaufzeit von in der Regel 1 Jahr erkämpft. Davon ist in Freiburg aber nicht viel zu erkennen. Es könnte der Eindruck entstehen, dass die Umsetzung der Vertragslaufzeit systematisch verschleppt wird.*

*In der Stellungnahme des Senats zu den Arbeitsbedingungen studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte beansprucht die Universität für sich, die gegebenen Spielräume bereits vollumfänglich zu Gunsten von SHKs und WHKs zu*

*nutzen. Um den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden, sind eine deutliche Kraftanstrengung und eine konkrete Umsetzung erforderlich.*

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Förster\*innen Café*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

dass sie sich für den Erhalt und die Wiedereinrichtung von studentisch geleiteten Freiräumen, wie zum Beispiel dem Förster\*innen Café, einsetzt und aktiv bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten sowie bei den Verhandlungen mit Organen der Uni und zuständigen Behörden unterstützt.

**Begründung:**

Nachdem das Förster\*innencafé in der letzten Vollversammlung vollen Zuspruch zur Hilfe beim Erhalt und der Wiedereinrichtung erhalten hat, musste es trotzdem im letzten Sommer schließen und stößt seither nur auf Gleichgültigkeit bis Gegenwehr bei der Suche nach einem neuen, langfristigen Raum.

Das Förster\*innen Café (FöCa) ist ein selbstverwaltetes Café an der Fakultät für Umwelt und Natürliche Ressourcen. Es war das letzte seiner Art an der Uni Freiburg und musste wegen der Sanierungsarbeiten am Herderbau schließen.

Es wurde sich vom Dekanat und der Kanzlerin der Uni für den Erhalt des FöCas ausgesprochen, doch leider übersetzt sich dies nicht in Taten. In die Raumpläne für den sanierten Herderbau wurde kein Raum für das FöCa, oder einen anderen studentischen Freiraum eingeplant. Stattdessen wird auf die Gänge und Nischen im Gebäude verwiesen, die allerdings auch Professuren zugeteilt wurden, um Besprechungen und ähnliches abzuhalten. Dies führt erwartungsgemäß zu Konflikten, bei denen immer die Studierenden den kürzeren zu ziehen scheinen.

Zwar wurde ein befristeter Übergangsraum (explizit-kein selbstverwaltetes Föca, sondern ein unpolitischer den Bau thematisierenden Aufenthaltsraum-) mit Öffnung in diesem Sommersemester versprochen, doch dieser ist auch nach fast vollendetem Semester geschlossen und unbenutzbar. Dieser Raum wurde einst vom SWFR als Café betrieben und ist ähnlich ausgestattet wie das Café Senkrecht; mitsamt Toiletten (Männlich, weiblich, Barrierefrei). Er war mindestens die letzten drei Jahre nicht für Studierende nutzbar. Nach dem Umbau verspricht sich das SWFR wieder Einnahmen an diesem Standort machen zu können „verleiht“ ihn daher nur während des Umbaus.

Defacto ist damit kein einziger Aufenthaltsraum mit Fokus auf den Studierenden für nach dem Umbau im Herderbau geplant. Dazu fehlt auch im Bauraum der selbstverwaltete Charakter, der das FöCa erst zu einem wahren Freiraum gemacht hat.

Das FöCa wurde ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement und unkommerziell auf Spendenbasis betrieben und galt auch in anderen Aspekten als zentraler Bestandteil des studentischen Engagements (als Treffpunkt studentischer Gruppen, Ort des Austausches und Kochmöglichkeit) an der Fakultät UNR.

Der Raum wurde über Jahr(zehnt)e von Studierenden frei gestaltet, wie es gerade gebraucht wurde; auf eine Art und Weise, wie es in einem von Außenstehenden vorgeplanten Raum nicht möglich ist.

Deshalb benötigen wir Studierenden nicht nur Aufenthaltsräume für nach dem Umbau des Herderbaus, sondern selbst verwaltete Räume.

### **Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).

**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

*Die Universität aufzufordern, den palästinensischen Studierenden, die aufgrund der anhaltenden humanitären Krise in den besetzten Gebieten und der mangelnden finanziellen Ressourcen nicht fristgerecht ihre Studiengebühren entrichten können, einen Zahlungsaufschub von bis zu sechs Monaten zu gewähren, ohne dass dabei Mahngebühren, Verzugszinsen oder der Verlust des Studienplatzes drohen.*

**Begründung:**

*Als internationale Studierende gelten palästinensische Studierende gemäß deutscher Hochschulregelungen als Selbstzahler, die vor Beginn jedes Semesters vollständige Gebührenüberweisungen nachweisen müssen.*

*Ein Zahlungsaufschub leistet einen konkreten Beitrag zur Chancengleichheit im Bildungswesen und folgt dem Grundsatz, dass akademische Leistungen nicht durch politische und militärische Konflikte diskriminiert werden dürfen.*

*Ein sofortiger Zahlungsaufschub für bis zu sechs Monate würde verhindern, dass Studierende ihren Visumsstatus verlieren oder ihr Studium abbrechen müssen, obwohl sie in Deutschland vor Ort studieren und aktiv am akademischen Leben teilnehmen.*

*Unsere Hochschule übernimmt mit diesem Beschluss Verantwortung für die Chancengleichheit und Solidarität im internationalen Kontext. Ein unbürokratisches Entgegenkommen entspricht den europäischen und universitären Leitlinien zur Förderung von Vielfalt und Inklusion.*

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).

**Antragsteller\*in:**

Name/Fachbereich/Gruppe

Students for Palestine

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

*Die von der Universität Freiburg geraubten und in der Universität Freiburg gelagerten menschlichen Körperteile zu restituieren und die Nachkommen der Betroffenen zu entschädigen. Dieser Prozess soll transparent und öffentlichkeitswirksam geschehen.*

**Begründung:**

*Die Universität Freiburg ist zutiefst in koloniale „Forschung“ verstrickt und lagert in der „Alexander Ecker Sammlung“ hunderte menschliche Gebeine, darunter Schädel und Knochen kolonisierter, ermordeter Menschen. In der NS-Zeit nutzte Eugen Fischer die koloniale „Sammlung“ für rassenideologische Zwecke.*

*Vielen Studierenden der Universität Freiburg ist diese koloniale und faschistische Geschichte der Universität Freiburg nicht bewusst, weswegen eine breite öffentliche Sichtbarmachung dieser Verbrechen nötig ist.*

*Als Studierende, die sich dem Kampf gegen Faschismus und Kolonialismus verschrieben haben, fordern wir Aufklärung der kolonialen Verbrechen, Sichtbarmachung und vor allem die Rückgabe der Leichenteile der Ermordeten und eine Entschädigung Ihrer Nachfahren.*

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).





**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

die Einrichtung finanzieller Hilfsprogramme für Studierende, die aus Kriegs- und Krisengebieten stammen und/oder von Völkerrechts- und Menschenrechtsbrüchen betroffen sind. Insbesondere soll Studierenden aus Palästina, Libanon, Syrien und Jemen – sowie aus vergleichbaren Konfliktregionen – durch Maßnahmen wie Mietzuschüsse, Unterstützung bei den Lebenshaltungskosten oder zweckgebundene Stipendien finanziell unterstützt werden. Die Universitätsleitung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten zu schaffen und vorhandene Notfallfonds auszubauen, sowie psychosoziale Hilfe für Betroffene anzubieten.

**Begründung:**

Studierende, die aus aktuellen Kriegsgebieten oder Krisenländern kommen, befinden sich in einer besonders vulnerablen Lage. Viele von ihnen können nicht auf die finanzielle Unterstützung ihrer Familien zurückgreifen, da diese selbst durch Krieg, Vertreibung oder wirtschaftlichen Kollaps existenziell betroffen sind. Finanzielle Unterstützung aus der Heimat bleiben oft aus und Überweisungen sind aufgrund zerstörter Infrastruktur teilweise unmöglich. Gleichzeitig haben betroffene Studierende – etwa aus Palästina, dem Libanon, Syrien oder Jemen – häufig eingeschränkte Verdienstmöglichkeiten: Visabestimmungen und ein hoher Studienaufwand erlauben nur begrenzt das Ausüben von Nebentätigkeiten, während die Lebenshaltungskosten in Freiburg im bundesweiten Vergleich sehr hoch sind. Hinzu kommt, dass Betroffene in Deutschland auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen rassistischer Diskriminierung und Vorurteilen ausgesetzt sind, was ihre soziale und psychische Belastung weiter erhöht. Ohne spezielle Unterstützung sind diese Studierenden besonders in ihrem Studienvorhaben bedroht: Oft droht ein Studienabbruch, unabhängig von dem akademischen Potenzial Betroffener. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Chancengleichheit, hier Abhilfe zu schaffen. Bereits in der Vergangenheit wurden für andere Gruppen von kriegsbetroffenen Studierenden (z.B. aus der Ukraine) Hilfsfonds und Stipendien eingerichtet – vergleichbare Angebote müssen ausgebaut werden nun auch für Studierende aus den in diesem Antrag benannten Regionen gelten. Die Universität hat den Auftrag, allen Studierenden eine gleichberechtigte Teilhabe am Studium zu ermöglichen. Finanzielle Hilfsangebote – etwa in Form von Miet- und Essenszuschüssen, zinslosen Darlehen

oder speziellen Stipendienprogrammen – würden die direkt von Krieg und Krisen betroffenen Kommiliton\*innen erheblich entlasten und ihnen ermöglichen, ihr Studium mit weniger existentiellen Druck fortzuführen. Damit setzt die Hochschule ein deutliches Zeichen der Solidarität. Die Vollversammlung der Studierendenschaft sollte daher die Verantwortlichen auffordern, gemeinsam mit dem Studierendenwerk und ggf. öffentlichen Stellen kurzfristig einen Unterstützungsfonds anzulegen und die betreffenden Studierenden proaktiv über Hilfsangebote zu informieren. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um Chancengerechtigkeit herzustellen und den humanitären Verpflichtungen einer weltoffenen Universität gerecht zu werden.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

Erstens: die Zensur und Repression gegen Palästina-Solidarität, palästinensische Initiativen und Veranstaltungen durch die Universitätsleitung zu verurteilen.

Zweitens: die Universitätsleitung aufzufordern, ihre Repression und Zensur gegen mit Palästina solidarische Menschen, Gruppierungen und Veranstaltungen an der Universität zu stoppen, und palästinensische und Palästina-solidarische Initiativen sowie Veranstaltungen explizit zuzulassen.

**Begründung:**

Die Universität Freiburg unterdrückt systematisch palästinensische Stimmen, verhindert wissenschaftlichen Austausch und setzt dabei sogar Polizeigewalt ein (z. B. Alumni-Tag 2024, 24. Oktober 2024, als Studierende einen Dokumentar in der Universität zeigen und über Palästina sprechen wollten, und das Rektorat 30 Polizist\*innen schickte, welche im Zuge dieser Maßnahme friedlichen Studierenden Gewalt antaten, in dem sie Betroffene eine Treppe herunter schubsten und verprügelten). Betroffen sind Gruppen wie Students for Palestine, Freiburg Initiative for Decoloniality, Academics for Palestine und Jüdische Stimme, sowie zahlreiche einzelne Studierende. Die Universität sollte Solidarität mit Palästina nicht unterdrücken – insbesondere angesichts des andauernden und mit deutschen Waffen verübten Völkermordes in Gaza. Universitäten haben die Pflicht, kritische Diskurse zuzulassen, besonders zu Themen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen.

Der ICJ prüft Israels Handeln unter der *Genozid-Konvention*, und hat bereits den Vorwurf für plausibel erklärt und provisorische Maßnahmen eingerichtet, die bis jetzt nicht eingehalten wurden– eine Universität, die sich als "menschenrechtsorientiert" inszeniert, darf eine kritische Auseinandersetzung mit den völkerrechts- und menschenrechtswidrigen Handlungen Israels nicht blockieren. Diesbezügliche Repressionen an Universitäten wurden bereits von der UN kritisiert, doch seither hat die Universität Freiburg repressive Maßnahmen und Zensur sogar erhöht.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

politische Diskurse und Bildungsveranstaltungen zum Thema Palästina an der Universität Freiburg zukünftig zuzulassen und zu unterstützen. Die Universitätsleitung wird aufgefordert, Beschränkungen oder Verbote solcher Veranstaltungen aufzuheben und den Auftrag der Hochschule zur Förderung von Wissenschafts- und Meinungsfreiheit ernstzunehmen. Die Vollversammlung fordert daher, dass Diskussionen, Vorträge und Informationsveranstaltungen zum Thema Palästina künftig nicht mehr pauschal, willkürlich und systematisch verboten oder behindert werden, solange sie im Rahmen wissenschaftlicher Diskurse und demokratischer Werte erfolgen.

**Begründung:**

Eine Universität ist dem freien Austausch von Ideen verpflichtet – auch (und gerade) wenn diese politisch brisant oder “kontrovers” sind. In der Vergangenheit fanden an der Universität Freiburg regelmäßig Veranstaltungen zu politischen Themen statt, ohne dass dies in Frage gestellt wurde. Politischer Diskurs ist Teil der Hochschulkultur (und es muss so sein). Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit sind im Grundgesetz verankerte Werte (Art. 5 GG) und gelten auch an der Hochschule. Im Leitbild der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg heißt es ausdrücklich: „Pluralität und wissenschaftliche Erkenntnisse schützen wir vor wissenschaftsfeindlichen und undemokratischen Strömungen.“ Dieses Prinzip verpflichtet die Universität, pluralistische Debatten zuzulassen und zu schützen, statt bestimmte Positionen – wie aktuell die palästinensischen Geschichten, Stimmen und Perspektiven – zu unterdrücken. Die Studierendenschaft fordert daher, dass Diskussionen, Vorträge und Informationsveranstaltungen zum Thema Palästina künftig nicht mehr pauschal verboten oder behindert werden, solange sie im Rahmen wissenschaftlicher Diskurse und demokratischer Werte erfolgen. Vielmehr soll die Universität ihre Räumlichkeiten und organisatorische Unterstützung zur Verfügung stellen, um einen offenen Dialog zu ermöglichen. Dies entspricht dem Bildungsauftrag der Hochschule, fördert kritisches Denken und trägt dazu bei, Vorurteile durch Aufklärung zu überwinden. Diskursfreiheit zu Palästina ist unerlässlich, um wissenschaftliche Aufarbeitung, historisches Verständnis und pluralistische Meinungsbildung innerhalb der Universitätsgemeinschaft zu gewährleisten.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

sich für die vollständige Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende aus Nicht-EU-Staaten einzusetzen. Die Universitätsleitung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Land Baden-Württemberg nachdrücklich für die Aufhebung dieser Gebühren einzusetzen und die Anliegen der Studierendenschaft in diesem Punkt zu vertreten.

**Begründung:**

Seit 2017 erhebt das Land Baden-Württemberg Studiengebühren in Höhe von 1.500 € pro Semester von Studierenden aus Nicht-EU-Ländern. Diese Regelung benachteiligt Studierende allein aufgrund ihrer Herkunft aus Gebieten außerhalb der EU und stellt eine Form sozialer Selektion dar: Sie erschwert insbesondere Bewerber\*innen aus dem Globalen Süden den Hochschulzugang und belastet immatrikulierte internationale Studierende finanziell enorm. Viele der Betroffenen kommen nicht aus wohlhabenden Familien; die Gebühren zwingen sie, neben dem Studium übermäßig zu arbeiten oder sich hoch zu verschulden. Damit werden Chancengleichheit und soziale Teilhabe massiv eingeschränkt. Die Gebühr widerspricht dem Selbstverständnis einer internationalen und weltoffenen Universität. Bildung und akademischer Austausch dürfen nicht vom Pass oder Geldbeutel abhängen. Eine internationale Universität, die sich gegen Diskriminierung stellt, sollte sich proaktiv gegen finanzielle Hürden aussprechen, welche Studierende aus Nicht-EU-Ländern ungleich betreffen. Die Forderung nach Abschaffung dieser Studiengebühren bekräftigt das Prinzip, dass alle Studierenden – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – gleichberechtigt studieren können. Die Vollversammlung möge daher die Universitätsleitung nachdrücklich dazu auffordern, sich im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten auf Landesebene für die sofortige Abschaffung der Studiengebühren einzusetzen.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).





**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

jegliche Form der Militarisierung der Universität Freiburg, sowie aller anderen deutschen Universitäten abzulehnen. Die Universität wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Forschung und Lehre an deutschen Universitäten ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken dienen, und dass keine zur Bildung vorgesehenen finanzielle Mittel sowie andere akademischen Ressourcen zum Zwecke der militärischen Forschung, der Unterstützung von Rüstungsprojekten oder unmittelbar kriegsbezogenen Zwecken eingesetzt werden. Insbesondere sind Kooperationen zwischen deutschen Universitäten mit der Bundeswehr oder der Rüstungsindustrie abzulehnen und zu verurteilen.

**Begründung:**

Die zunehmende Aufrüstung in Europa und Militarisierungsprogramme auf EU-Ebene (wie PESCO, eine EU-Verteidigungsinitiative, oder der European Defence Fund) führen dazu, dass zivile Institutionen wie Hochschulen vermehrt in militärische Strukturen eingebunden werden sollen. Diese Tendenz zeigt sich unter anderem darin, dass die Bundeswehr inzwischen gezielt an Hochschulen um Nachwuchs wirbt und dass selbst im EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ Forschungslinien mit potenziell militärischer Verwendbarkeit gefördert werden. Hochschulen sind jedoch dem Prinzip der friedlichen und zivilen Bildung verpflichtet. Dementsprechend hat der Senat der Universität Freiburg bereits 2014 eine Zivilklausel in die Grundordnung aufgenommen, die festschreibt, dass Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung ausschließlich auf friedliche Ziele auszurichten sind. Angesichts dieser Entwicklung muss sich die Universität Freiburg klar positionieren und der schleichenden Militarisierung deutlich entgegenstellen: Weder Wissenschaft noch Lehre dürfen zu militärischen Zwecken instrumentalisiert werden. Viele Studierende lehnen eine Beteiligung ihrer Universität an Rüstungsforschung oder militärisch relevanten Projekten entschieden ab. In einer Zeit wachsender Kriegsgefahr sollte die Universität ein sichtbares Zeichen für den Frieden setzen und sich unmissverständlich zu einer ausschließlich zivilen Forschung bekennen. Eine solche Selbstverpflichtung – bekräftigt durch eine Zivilklausel – stärkt die Glaubwürdigkeit der Hochschule und bewahrt Forschende davor, durch politischen oder wirtschaftlichen Druck zu militärischer Forschung gedrängt zu werden.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

sowohl die Universität aufzufordern, als auch dem StuRa und dem AstA zu empfehlen, eine öffentliche Veranstaltungsreihe gegen antimuslimischen, antiarabischen und antipalästinensischen Rassismus zu konzipieren und durchzuführen. Hierbei sollen einschlägige studentische Gruppen und Referate aktiv einbezogen werden. Ziel ist es, durch Vorträge, Workshops und Diskussionsrunden an der Universität ein deutliches Zeichen gegen Islamfeindlichkeit, Araberfeindlichkeit und antipalästinensischen Rassismus zu setzen und Aufklärungsarbeit zu leisten

**Begründung:**

Rassismus gegen muslimische, arabische und insbesondere palästinensische Menschen hat in jüngerer Zeit besorgniserregend zugenommen – dies macht auch vor dem Hochschulkontext nicht halt. An der Universität Freiburg gab es wiederholt Vorfälle, die auf antimuslimische oder antiarabische Ressentiments schließen lassen. So wurden etwa am 5. Juli 2024 beim Alumni-Tag Studierende allein wegen des Tragens einer palästinensischen Kuffiya diskriminiert: Eine kritische Nachfrage zu Palästina wurde vom Podium und der Rektorin unterdrückt, und mehrere Studierende wurden daraufhin durch Sicherheitskräfte und Polizei rassistisch profiliert und gewaltsam des Saales verwiesen. Am 24. Oktober 2024 kam es während einer friedlichen Protestfilmvorführung in einem Flur der KG zu einem unverhältnismäßigen Polizeieinsatz, bei dem Studierende mit Gewalt aus dem Universitätsgebäude gedrängt wurden. Diese Ereignisse – neben der Zensur zahlreicher Palästina-bezogener Veranstaltungen – sind bezeichnend für ein Klima an der Universität Freiburg, in dem antimuslimische und antiarabische Diskriminierung offenbar geduldet oder nicht aktiv genug bekämpft werden. Als Bildungsinstitution mit öffentlichem Bekenntnis zu Internationalität und Antidiskriminierung steht die Universität in der Pflicht, entschieden und proaktiv gegen Rassismus vorzugehen. Eine Veranstaltungsreihe zu diesem Themenkomplex bietet die Gelegenheit, das Bewusstsein für diskriminierendes Verhalten innerhalb der Hochschulgemeinschaft zu schärfen, Vorurteile abzubauen und den von Rassismus betroffenen Studierenden angemessene Unterstützung bieten zu können. Durch das Einbeziehen von studentischen Initiativen (wie Students for Palestine, die Referate des Sturas und andere) wird sichergestellt, dass die Perspektiven der Betroffenen Gehör finden und die Veranstaltungen

praxisnah und zielgruppenorientiert gestaltet werden. Die Universitätsleitung sollte gemeinsam mit der verfassten Studierendenschaft Expert\*innen, Aktivist\*innen und Wissenschaftler\*innen einladen, um antimuslimischen, antiarabischen und antipalästinensischen Rassismus zu beleuchten. Dies entspräche dem im Leitbild verankerten Anspruch der Universität, Pluralität aktiv zu fördern und Diskriminierung entschlossen entgegenzutreten. Mit einer solchen Veranstaltungsreihe würde die Hochschule ein klares Signal für ein solidarisches, respektvolles Miteinander schaffen und ihrer Verantwortung gerecht werden, ein sicheres und vorurteilsfreies Lernumfeld für alle Studierenden zu schaffen. Damit wäre zugleich gewährleistet, dass der universitäre Raum offensiv gegen jede Form von Diskriminierung verteidigt und als Ort der Aufklärung und Solidarität gestärkt wird

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

Erstens: die Universitätsleitung aufzufordern, das Austauschprogramm mit der Hebrew University of Jerusalem (HUJ) zu beenden.

Zweitens: den StuRa und AstA zu empfehlen, sich dafür einzusetzen, damit das Austauschprogramm mit der Hebrew University of Jerusalem beendet wird.

**Begründung:**

Die HUJ ist auf illegal besetztem palästinensischem Land gebaut (laut dem Internationalen Gerichtshof, 2024), kooperiert mit der israelischen Armee (IDF), indem sie Soldat\*innen trainiert, und ist an der Entwicklung von Waffen beteiligt, die im Völkermord in Gaza eingesetzt werden. Zudem fungiert die Universität als Teil des israelischen Apartheid-Systems: mit einer Militärbasis im Campus an der Grenze des palästinensischen Viertels Issawiye verletzt sie das Recht von Palästinenser\*innen auf Bewegungsfreiheit, sowie weitere ihrer Menschenrechte. Nachdem der IGH im Juli 2024 seine beratende Stellungnahme bezüglich Israels völkerrechtswidriger Besatzung der palästinensischen Gebiete abgegeben hatte, gaben 37 UN-Sonderberichterstatter\*innen und den Vereinten Nationen angeschlossene Menschenrechtsexpert\*innen eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie unter anderem dazu aufriefen, „*wirtschaftliche Beziehungen, Handelsabkommen und akademische Beziehungen mit Israel abubrechen oder auszusetzen, die zu seiner unrechtmäßigen Präsenz und seinem Apartheidregime in den besetzten palästinensischen Gebieten beitragen könnten*“. In diesem Fall ist der Beitrag des Austauschprogramms zur unrechtmäßigen Präsenz eindeutig, da die Universität auf illegal besetztem palästinensischem Land gebaut wurde, und die Studierendewohnheime der Universität sogar in einer illegalen Siedlung gebaut wurden. Das bedeutet, dass die Universität Freiburg aktiv Völkerrechtsbrüche fördert, in dem sie ihren Studierenden anbietet, in einer auf illegal besetztem palästinensischem Land gebauten Universität zu studieren und in einer illegalen Siedlung zu wohnen, und somit ihr Pflicht, Menschenrechte zu schützen, nicht gerecht wird.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

die Universitätsleitung aufzufordern, die in der Vollversammlung 2024 bereits beschlossenen Anträge von Students for Palestine unverzüglich umzusetzen.

**Begründung:**

Die Universitätsleitung hat in einem Jahr keinerlei Maßnahmen ergriffen, den in der Vollversammlung 2024 bereits beschlossenen Anträgen von Students for Palestine nachzukommen. Dies stellt eine Missachtung demokratischer Entscheidungsprozesse der Studierendenschaft dar und steht im Zeichen einer systematischen Ablehnung und Diskriminierung gegenüber der palästinensischen Perspektive. Zudem: Wenn die Uni Beschlüsse ignoriert, entmachtet sie die Studierendenvertretung.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

die Universitätsleitung mit Nachdruck aufzufordern, dass Students for Palestine Räumlichkeiten der Universität, die über die Verfasste Studierendenschaft verwaltet oder beantragt werden, zu denselben Bedingungen nutzen darf wie alle anderen Hochschulgruppen und Initiativen. Eine systematische Benachteiligung oder ein Ausschluss von Students for Palestine (oder anderer studentischer Gruppen) bei der Raumvergabe – sei es mit dem Verweis auf angebliche Neutralitätsgebote oder aus anderen vorgeschobenen Gründen – ist unzulässig und sollte nicht stattfinden.

Die Vollversammlung möge des Weiteren beschließen, den zuständigen Gremien der Studierendenschaft zu empfehlen, dafür Sorge zu tragen, dass Students for Palestine bei der Raumvergabe diskriminierungsfrei und gleichberechtigt behandelt wird..

**Begründung:**

In den vergangenen Monaten ist wiederholt vorgekommen, dass Students for Palestine bei der Vergabe von Räumen benachteiligt wurde. Zunächst wurde dies unter Berufung auf eine vermeintliche Pflicht zur Neutralität der Studierendenvertretung gerechtfertigt; später folgten pauschale Kriminalisierungsversuche gegen die Gruppe, um ihre Veranstaltungen zu verhindern. Diese Praxis stellt einen eklatanten Bruch mit der bisherigen hochschulpolitischen Handhabung dar: Vor 2024 war die Raumvergabe für studentische Referate, Hochschulgruppen und Initiativen deutlich offener und wurde nicht nach ideologischen oder politischen Kriterien eingeschränkt. Kein anderer studentischer Gruppe wurden Räumlichkeiten allein aufgrund ihrer inhaltlichen Ausrichtung verweigert, solange ihre Veranstaltungen im Rahmen der Gesetze blieben. Es ist daher offenkundig, dass hier seit der Gründung von Students for Palestine im Jahr 2024 eine diskriminierende Sonderbehandlung stattfindet. Eine solche Diskriminierung widerspricht den Grundsätzen einer offenen und pluralistischen Hochschule. Die Verfasste Studierendenschaft hat den Auftrag, die politischen, kulturellen und sozialen Belange der Studierenden zu vertreten und den Meinungsaustausch zu fördern. Dazu gehört auch Themen – wie die Geschichte Palästinas – im Hochschulkontext diskutieren zu können. Der Verweis auf “Neutralität” darf nicht dazu missbraucht werden, unliebsame politische Meinungen oder bestimmte studentische Gruppen



auszugrenzen. Echte Neutralität der Institution bedeutet, alle studentischen Gruppen gleich zu behandeln und Veranstaltungen unterschiedlicher Perspektiven zuzulassen, solange keine Gesetze verletzt werden. Wenn Initiativen, Referate oder Hochschulgruppen – hier Students for Palestine – von vornherein ausgeschlossen wird, läuft dies auf eine einseitige Parteinahme der Universität hinaus und verletzt den Gleichbehandlungsgrundsatz. Zudem ist das pauschale Abstempeln von Students for Palestine als problematisch oder unerwünscht als antipalästinensischer Rassismus verstanden werden, da hier eine Gruppe von Studierenden aufgrund ihrer ethnischen Herkunft bzw. politischen Überzeugungen systematisch benachteiligt wird. Als Universität, die sich zu Toleranz, Antidiskriminierung und Wissenschaftsfreiheit bekennt, darf die Universität keine diskriminierenden Strukturen dulden. Vielmehr muss sie sicherstellen, dass alle Studierenden – unabhängig von Herkunft oder politischen Ansichten – die gleichen Möglichkeiten haben, sich zu organisieren und Gehör zu finden. Die Vollversammlung tritt daher entschieden dafür ein, Students for Palestine den gleichen Zugang zu Räumen und Ressourcen zu gewähren wie jeder anderen Hochschulgruppe. Nur so kann ein gerechter, diskriminierungsfreier Rahmen gewährleistet werden, in dem politische Bildung und studentisches Engagement frei von Angst und Benachteiligung stattfinden können. Diese Gleichbehandlung stärkt nicht nur die Rechte der betroffenen Gruppe, sondern bewahrt auch die demokratische Kultur an unserer Universität, in der Vielfalt der Meinungen und konstruktiver Dialog ausdrücklich erwünscht sind.

### **Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,  
die Universitätsleitung aufzufordern, jegliche Kooperation mit der Santander Bank zu beenden.

**Begründung:**

Santander gehört zu den größten Finanzierern illegaler Siedlungen im besetzten Westjordanland, laut dem 2023 erschienenen *Dont Buy Into Occupation Report*. Eine Hochschule, die sich zu Menschenrechten bekennt, darf keine Geschäftsbeziehungen zu Institutionen normalisieren, die Kriegsverbrechen ermöglichen. Als Studierende dieser Universität lehnen wir ab, dass unsere Universität durch Profite, die durch Völkerrechtsverletzungen entstanden sind, finanziert wird.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).